

# Bildung. Organisation. Freiräume.

An einer Universität studieren sollte mehr bedeuten, als sich durch die einzelnen Semester Schritt für Schritt und ohne Blick aufs Ganze zu bewegen. Viel eher sollte es auch darum gehen, diese Institutionen in ihrer gesellschaftlichen Rolle und Funktion zu begreifen, zu kritisieren und zu gestalten. Dies beinhaltet gleichzeitig die Hinterfragung der eigenen Rolle als Studierende an solch einer Institution. Studieren geht über das vereinzelt Verinnerlichen von Fachwissen hinaus. Vielmehr sollte uns Studierenden die gesellschaftliche Relevanz von Wissensproduktion und der Umgang damit bewusst werden. Ausgangslage und Anstoß für eine Neuorientierung einer Kritik an universitären Verhältnissen wären somit die eigene Lebenssituation an der Universität einerseits und eine grundlegende und notwendige Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse andererseits.

Somit soll schon einmal vorweggenommen werden, dass politische Organisation und Praxis seitens der Studierendenschaft auch und besonders im universitären Raum unabdingbar sind – gerade wenn es darum gehen soll, selbstbestimmt auf das eigene studentische Leben Einfluss zu nehmen. Eine zentrale Frage stellt sich hierbei in den Vordergrund: Wozu wollen wir Wissen erlangen und wie soll dies geschehen?

## **Aber welche Bildung eigentlich?**

Grundlegend für solche Überlegungen muss eine vorangehende Auseinandersetzung mit dem Bildungsbegriff sein. Im öffentlichen Diskurs wird Bildung als positiver Begriff verwendet, ohne zu hinterfragen wie dieser praktisch ausgefüllt ist. Doch diese Auffassung ist lediglich der Versuch, Bildung ohne Diskussion ökonomisch zu besetzen. Wir verstehen Bildung jedoch als gesellschaftlich geprägt und dementsprechend ist diese Prägung des Bildungsbegriffes immer auch als Teil des Ganzen zu betrachten.

Wissen wird heutzutage in großem Maße als Ressource angesehen, welche im Prozess der Verwertung marktwirtschaftlichen Prinzipien angepasst wird. Damit sind eindeutige Weichen für die Verwendung von Wissen in kapitalistischen Gesellschaften gestellt. Auch wenn eine bekannte Parole es nicht wahrhaben will: Bildung ist bereits eine Ware. Und so dient das Durchlaufen von Bildungseinrichtungen nur dazu, den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Dadurch folgen auch die Bildungseinrichtungen den Prinzipien von Konkurrenz und Vereinzelung und sind auf eine bestmögliche Wertausschöpfung der Individuen ausgelegt. In diesem Sinne ist gesellschaftliche Entwicklung die Entwicklung von Verwertungsmöglichkeiten und ein Bildungssystem, das sich ökonomischen Umstrukturierungen verpflichtet, dient genau solch einer Verwertungspraxis. Im Rahmen einer strikten Marktideologie werden gesellschaftliche Entscheidungen getroffen und nicht im Sinne von sozialer Freiheit und Entwicklung. Konkret heißt dies: Ob ein Studium oder eine Ausbildung sinnvoll ist, bestimmt eine vermeintliche Nachfrage des Arbeitsmarktes – und dem gelte es sich unterzuordnen.

Was bedeutet ein ökonomischer Bildungsbegriff nun konkret für uns? Dies bedeutet, dass ein Studium oder auch eine Schullaufbahn dementsprechend rationalisiert werden muss, dass wir ohne große Umwege ins Arbeitsleben einsteigen müssen und somit im ökonomischen Sinne produktiv werden. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden immer wieder breit erläutert, sollen also nur kurz angedeutet werden: Bachelor/Master, Verkürzung der Studienzeit, (drohende) Studiengebühren, permanenter Leistungsdruck, Vereinzelung der Studierendenschaft bzw. die verkürzte Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme als individuelle Probleme sind alles Ausdrücke dieser Logik. Dass auf diese Weise nicht nur an der Uni, sondern auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die ach so

schönen Bestrebungen nach Rationalisierung genau in ihr Gegenteil verkehrt werden, soll hier nur angedeutet werden. Diese Widersprüche aufzudecken und zu erklären wären aber Anlass für eine ausgiebigere und breitere Diskussion.

Festhalten wollen wir hier, dass eine bewusste und von uns Menschen gestaltete Auseinandersetzung darüber, was gesellschaftlich notwendig ist und was nicht, verhindert wird. Dabei sollte es gerade an den Schulen und Universitäten darum gehen, dass wir uns unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft zu kritischen Menschen in einer komplexen Gesellschaft entwickeln. Dass wir also befähigt werden, unsere Umwelt zu hinterfragen, zu kritisieren und zu verändern. Dazu wäre es aber absolut notwendig, über neue Formen der Wissensaneignung zu diskutieren.

### **Kollektive Wissensaneignung**

Kollektive Wissensaneignung ist ein Gegenentwurf zu den bestehenden Formen der Wissensproduktion. Wie sieht also eine solche kollektive Praxis aus? Es soll vorerst darum gehen, Wissen nicht als reines Auswendiglernen-und-wieder-vergessen zu betrachten, sondern den eigenen Wissensgewinn auf ein gesellschaftliches Äußeres und rückwirkend auf sich selbst kritisch anzuwenden. Universitäten sollten aufgrund ihrer besonderen Rolle viel umfassender als Orte der Kritik statt als Orte des Konformismus fungieren. Dazu wäre es konkret möglich, sich mit vielerlei Problemlagen in Form von Diskussionsrunden, Lesekreisen, Arbeitsgemeinschaften, Vorbereitungskreisen etc. auseinanderzusetzen. Ebenso können politische Vorträge oder Seminare vorbereitet und geplant werden. Thematisch können so ganz weitläufige Themenbereiche bearbeitet werden – von Theoriearbeit bis hin zu konkreten Formen der Intervention. Solch eine Selbstorganisation bietet die Grundlage für die Artikulation und Diskussion kollektiver Bedürfnisse. In diesem Rahmen kann der Versuch unternommen werden, Wissensaneignung und Wissensproduktion wieder als Erkenntnisgewinn aufzufassen, d.h. zur gesellschaftlichen

Emanzipation der Individuen beizutragen – jenseits von vereinzelt Konkurrenzverhältnissen und jenseits von Leistungszwang.

### **Freiräume schaffen**

Ein äußerst positives Beispiel stellten die diesjährigen bundesweiten Bildungsproteste und auch die aktuellen Besetzungen dar, während dieser sich eine große Anzahl Studierender und SchülerInnen vor Ort, aber auch überregional organisieren konnte. Proteste sind aber erst dann ernsthaft, wenn sich widerständiges Verhalten ausreichend im Alltag positioniert hat, wenn also Protest von einer breiten und alltäglichen politischen Praxis und inhaltlichen Arbeit leben kann.

Nicht zuletzt seit den Wahlen zum Studierendenparlament im Juli und dem dazugehörigen Wahlkampf ist vielerorts angekommen, dass die Forderungen nach studentisch selbstverwalteten Räumen an der Universität nicht totgeschwiegen werden können. Doch es wäre sinnvoll, noch einmal Revue passieren zu lassen, worum es eigentlich bei diesen Forderungen ging und welche Defizite bei der inhaltlichen Auseinandersetzung um solche Orte studentischer Selbstverwaltung zu Tage kamen. Zentraler Diskussionspunkt war nicht die Notwendigkeit eines Freiraums, sondern die Frage der Form der Selbstverwaltung. Die meisten Hochschulgruppen sprachen sich für eine externe Verwaltung durch die bestehenden studentischen Gremien aus. Grund hierfür war die Wahl der vermeintlich praktikableren Verantwortung und Haftung. Weil diese Lösung gerade nicht praktikabler ist, da es erschwerte Entscheidungsprozesse externer bürokratischer Institutionen bedarf, plädiert der Arbeits- und Aktionskreis kritischer Studierender hingegen für eine Selbstverwaltung der Nutzer\_innen des Raumes. Denn nur so können die Bedürfnisse der Nutzer\_innen selbstverantwortlich diskutiert und umgesetzt werden. Im Nachhinein erwies sich die Debatte leider als Farce, da merkbare Bemühungen für die Erreichung eines solchen Raumes zum Erliegen gekommen sind. Ebenfalls sind keine Versuche unternommen

worden das angebliche Bedürfnis auch gemeinsam und organisiert einzufordern und durchzusetzen. Vielmehr wurden weder Ergebnisse kommuniziert noch spürbare Erfolge vorgelegt.

Letztendlich wundert es uns nicht, dass diese Debatte sich recht schnell im Sand verlaufen hat, weil nicht deutlich formuliert wurde, was mensch sich inhaltlich von studentisch selbstverwalteten Räumen erhofft und wie es durchgesetzt werden soll. Genau diesen inhaltlichen Anspruch wollen wir mit den eben geäußerten Positionen zu Wissen und Wissensproduktion in den Vordergrund rücken. Ein studentisch selbstverwalterer Raum sollte demnach ein Forum bieten für:

- stärkere gesellschaftskritische Ausrichtung der Universitäten
- eine Beschäftigung mit einem ökonomisch verzerrten Bildungsverständnis
- kollektive Wissensaneignung und erkenntnisorientierte Bildung als Gegenentwurf
- Selbst- statt Fremdbestimmung, also im weitesten Sinne eine Demokratisierung der Bildungseinrichtungen
- eine regelmäßige politische Organisation und Praxis basierend auf inhaltlicher Arbeit und Diskussion.

Diese Ansprüche sollten unserer Meinung nach an eine produktive Diskussion über Freiräume gestellt werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass solche Räume schon im Vorfeld zu pseudo-selbstverwalteten und politikfernen Orten degradiert werden. Klarstellen wollen wir hierbei, dass wir die Etablierung universitärer Freiräume nicht ausschließlich als eine dauerhafte Aneignung von physischem Raum verstehen, sondern diese überall dort vorfinden, wo soziale Räume der Kritik geschaffen werden. Unsere Forderung nach studentischer Selbstverwaltung fängt also nicht bei einer dauerhaften Institution an der Universität an, sondern beginnt schon überall dort, wo Kritik selbst organisiert wird - sei es in Form anfänglicher Diskussionsrunden oder in andersweitigen Zusammenhängen. Auch wenn uns aus eigener Erfahrung die Gefahr bewusst ist, dass solche Strukturen schnell zusammenbrechen können, sind wir dennoch überzeugt, dass hier der notwendige Grundstein gelegt wird für weiterführende Forderungen bis hin zur Einforderung einer studentisch angeeigneten Räumlichkeit des gesellschaftlichen Widersprechens.

*Arbeits- und Aktionskreis kritischer Studierender  
Kiel (einige Mitglieder)*